

Mainz, 01.09.2026

Antrag 1455/2026 zur Sitzung am 09.09.2026

**Prüfantrag: Verbesserung der Erreichbarkeit der Mainzer Innenstadt und
Bewältigung der aktuellen Verkehrssituation (FDP)**

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- im Rahmen ihrer gesetzlichen Zuständigkeiten zu prüfen, welche kurzfristig möglichen Maßnahmen geeignet sind, die derzeit angespannte Verkehrssituation in Mainz zu entlasten, Verkehrsbehinderungen zu reduzieren und die Erreichbarkeit der Innenstadt zu verbessern, und geeignete Maßnahmen nach pflichtgemäßem Ermessen umzusetzen;
- gemeinsam mit Anwohnerinnen und Anwohnern, der Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen, den Parkhausbetreibern, den Interessenvertretungen des Einzelhandels, der Gastronomie sowie weiteren relevanten Akteuren geeignete Gespräche und Beteiligungsformate durchzuführen, um gemeinsam verträgliche Lösungen zur Verbesserung der Erreichbarkeit der Mainzer Innenstadt und zur Reduzierung von Staus, Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner sowie Ausweichverkehren zu entwickeln.
- in diesem Austausch insbesondere zu beraten, wie
 - die Erreichbarkeit der Mainzer Innenstadt für Anwohnerinnen und Anwohner, Beschäftigte, Kundinnen und Kunden, Besucherinnen und Besucher sowie Lieferverkehre weiterhin gewährleistet werden kann,
 - der notwendige Berufsverkehr insbesondere in den morgendlichen und nachmittäglichen Stoßzeiten zuverlässig zu- und abfließen kann.
 - die Verkehrsführung im Bereich der Großen Bleiche und der angrenzenden Straßen daraufhin zu prüfen ist, wie die Erreichbarkeit der Parkhäuser, insbesondere über geeignete Abbiegemöglichkeiten aus Richtung Große Langgasse, verbessert werden kann;
 - Ausweichverkehre durch Wohn- und Nebenstraßen vermieden werden können,
 - die Erreichbarkeit der innerstädtischen Parkhäuser verbessert werden kann,
 - Baustellen zeitlich und räumlich besser aufeinander abgestimmt werden können und
 - der Einzelhandel, die Gastronomie sowie weitere innerstädtische Betriebe während der

Einschränkungen unterstützt werden können;

- dem Stadtrat über die Ergebnisse der Gespräche und der Prüfung zu berichten und nach vorheriger Beratung in den zuständigen Ausschüssen ein Gesamtkonzept für die Mainzer Verkehrsführung vorzulegen. Das Konzept soll konkrete, zeitlich priorisierte Maßnahmen, Verantwortlichkeiten und einen Zeitplan enthalten.

Begründung:

Die Verkehrssituation in Mainz ist derzeit durch eine Vielzahl gleichzeitiger Einschränkungen geprägt. Neben umfangreichen Baustellen führt zuletzt der „Modalfilter“, mit erheblichen Einfahrtbeschränkungen in beide Richtungen der Großen Bleiche, zu erheblichen Veränderungen der Verkehrsströme. Seit der Einführung des Modal Filters ist die Mainzer Innenstadt aufgrund vorhandener Baustellen kaum noch erreichbar.

Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer sind aufgrund bestehender Umleitungen und Sperrungen nun darauf angewiesen entweder durch kleine Nebenstraßen auszuweichen oder aber sich in die Staus der seit Jahren schon längst stark belasteten Kaiserstraße sich durch die Stadt zu bewegen.

In Verbindung mit den bestehenden Baustellen entsteht der Eindruck eines verkehrlichen Engpasses im gesamten Innenstadtbereich.

Allseits wird von anhaltenden Staus, Orientierungsschwierigkeiten und teils gefährlichen Wendemanövern berichtet. Außerdem wird über eine Verlagerung des Verkehrs auf angrenzenden kleinen Wohn- und Nebenstraßen, etwa im Bereich Flachsmarkt und Bauhofstraße, sowie auf die bereits belastete Kaiserstraße berichtet.

Besonders betroffen sind nach den vorliegenden Rückmeldungen die Zufahrten zu innerstädtischen Parkhäusern, darunter das Parkhaus Römisches Theater, das Theaterparkhaus, der Kronberger Hof, Proviant Magazin und Karstadt.

Auch der Bereich des Schillerplatzes leidet seit Jahren unter Baustellen, eingeschränkter Erreichbarkeit und zunehmenden Geschäftsschließungen. Gleiches ist nun auch im Bereich, um die Baustelle des Gutenberg Museums festzustellen.

In der öffentlichen Debatte wird die Maßnahme teilweise als faktische „Abriegelung“ der Innenstadt oder als Ausdruck einer einseitigen „Anti-Auto-Politik“ kritisiert.

Die FDP-Stadtratsfraktion erkennt an, dass die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs, der Ausbau der Straßenbahn sowie Verbesserungen für den Rad- und Fußverkehr wichtige Ziele einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung sind. Diese Ziele müssen jedoch mit der tatsächlichen Mobilität der Bürgerinnen und Bürger, der Beschäftigten, der Lieferverkehre und der Wirtschaft in Einklang gebracht werden. Der Pkw ist für viele Menschen – insbesondere im Berufsverkehr, bei eingeschränkter Mobilität oder aus dem Umland – weiterhin ein unver-

zichtbares und bevorzugt genutztes Verkehrsmittel. Der ÖPNV bietet nicht für alle Wege und Tageszeiten eine gleichwertige Alternative, wobei auch die Mainzer Busse in den Staus stehen.

Die aktuelle Situation erfordert daher einen sachlichen, ergebnisoffenen und beteiligungsorientierten Dialog.

Susanne Glahn
Fraktionsvorsitzende